

Autor: Kaufmann, Marion

## "Nicht im Interesse der Kinder"

### Protest gegen Schulsparrpläne

In Brandenburg regt sich weiter großer Widerstand gegen die Bildungssparpläne der SPD/BSW-Landesregierung. Eltern und Lehrer fordern, die angekündigte Erhöhung der Unterrichtspflichtstunden für Lehrkräfte nicht umzusetzen. Dem Tagesspiegel liegen aktuell acht Schreiben von Eltern und Lehrern an Landtagsabgeordnete und Bildungsminister Steffen Freiberg (SPD) allein aus der Landeshauptstadt Potsdam vor.

"Wir wissen, dass Lehrkräfte weit mehr leisten als nur Unterricht", heißt es in einem der Elternbriefe. "Auch Bürokratie und individuelle Betreuung nehmen viel Zeit in Anspruch und sind für den Schulerfolg unserer Kinder entscheidend." Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bedeute "weniger Planungs- und Vorbereitungszeit oder Einschnitte bei allen weiteren Aufgaben - beides wäre nicht im Interesse unserer Kinder!", schreiben die Eltern. Die im Gegenzug angekündigten Entlastungen für Lehrkräfte würden nicht an den richtigen Stellen vorgenommen. Beispielsweise sollen verpflichtende Elterngespräche reduziert werden. "Dies würde die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus schwächen und dementsprechend auch negative Auswirkungen auf den Bildungserfolg unserer Kinder haben", heißt es dazu beispielsweise in den Elternbriefen.

Die Zeiten für persönliche Gespräche über den Lernfortschritt seien wichtig, heißt es auch im Schreiben eines Lehrers an Landtagsabgeordnete und Ministerium. Insgesamt werde die geplante Erhöhung der Unterrichtsstunden für

Lehrer "zu einer mangelnden Qualität des Unterrichts führen", so der Gesamtschullehrer.

### Mehr Teilzeit befürchtet

In einer weiteren Sondersitzung des Landtags-Bildungsausschusses verteidigte das Ministerium am Dienstag die Pläne. "Das Wichtigste ist, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt für das Land vorlegen können und der Landtag den auch beschließt", so Minister Freiberg. "Das steht vor und über allem." Das Ressort, zu dem auch die Bereiche Jugend und Sport gehören, sei weiter mit Abstand größter Einzelposten im Landeshaushalt. Ohne gewisse Einschnitte gehe es aber nicht.

Die Unterrichtsverpflichtung für Lehrer soll um eine Stunde pro Woche erhöht werden - bei gleichbleibender Gesamtarbeitszeit. Das Land erhofft sich dadurch Sparpotenzial, weil weniger Lehrer neu eingestellt werden müssten. Auf die Frage des Abgeordneten Volker Nothing (AfD), ob das Ministerium durch die höhere Unterrichtsverpflichtung eine Zunahme der Krankmeldungen wegen Überlastung sowie mehr Anträge auf Teilzeit befürchte, sagte Bildungsstaatssekretär Hendrik Fischer: "Das ist Spekulation." Und: De facto wären rund 40 Prozent aller Lehrkräfte von der Stundenerhöhung gar nicht betroffen. Denn unter anderem für Lehrer an Beruf- und Förderschulen sowie solche an sozialen Brennpunktschulen soll sie wie berichtet nicht gelten.

Gleichzeitig geht das Ministerium davon aus, künftig weniger Seiteneinsteiger neu einzustellen. "Der Anteil bei Neueinstellungen wird runtergehen", so Fischer. Entsprechend seien für

die Qualifizierung von Quereinsteigern fünf Millionen Euro weniger im Haushaltsplan vorgesehen.

Für ihn stelle sich die große Frage, wie das Land bei diesem Gesamtverfahren noch höheren Stundenausfall vermeiden wolle, sagte CDU-Landtagsfraktionschef Jan Redmann am Dienstag vor der Sitzung. "Wie soll der Unterricht im neuen Schuljahr abgesichert werden, wenn man gleichzeitig streicht?" Zumal die Mehrstunde erst zum zweiten Halbjahr eingeführt werden soll. "Bis dahin klafft eine Lücke, die Schulen werden ins Chaos gestürzt", so Redmann.

SPD-Fraktionschef Björn Lüttmann erklärte, gemeinsam mit dem Koalitionspartner BSW würde das Entlastungspaket für Lehrer noch nachgebessert. Großer Zeitfresser für Lehrkräfte sei beispielsweise die Pausenaufsicht, die möglicherweise anders organisiert werden könne.

\*\*\*

Lehrer in Brandenburg sollen eine Wochenstunde mehr unterrichten. Nicht nur sie selbst, auch viele Eltern sehen das skeptisch.

### Zitat

Das Wichtigste ist, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt für das Land vorlegen können. Das steht vor und über allem.

**Steffen Freiberg** (SPD), Bildungsminister in Brandenburg

(c) Verlag Der Tagesspiegel GmbH